

19. Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung

Eine Zusammenfassung von Ludwig Rademacher

München/Hamburg – „Gerechtigkeit – wie viel Ungleichheit verträgt die Nation?“ lautete die Fragestellung der 19. Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung am 7. November im HVB-Forum der HypoVereinsbank München. Mehr als 200 Vertreter des öffentlichen Lebens vor allem aus Bayern waren gekommen – schließlich war die Stiftung zum ersten Male hier mit einer Veranstaltung präsent.

Hausherr Dr. Theodor Weimer sagte bei seiner Begrüßung, auch Banker müssten sich der Gerechtigkeitsfrage stellen. „Manager müssen ein Gerechtigkeitsempfinden haben“, sagte der Vorstandschef der HypoVereinsbank. Tatsächlich entscheide die Gerechtigkeit, ob ein Gemeinwesen zusammenhalte.

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Nationalstiftung, Prof. Dr. Richard Schröder, schlug in seinem historischen Bogen unter anderem einen Bezug zum Marxismus: „Bei Marx kommt das Wort Gerechtigkeit außer in seinen frühen Texten nur in Anführungszeichen vor. Recht und Gerechtigkeit hat Marx nämlich der Ideologie zu geordnet.“ Ironisch verwies er auf ein Zitat Friedrich Engels: „Was soll das Gebot `Du sollst nicht stehlen`, wenn es nichts mehr zu stehlen gibt – wobei er nicht an leere Regale dachte“, sondern an gesellschaftliche Teilhabe und Grundlagen.

Unter den Tugenden sei die Gerechtigkeit dadurch ausgezeichnet, dass sie nur unter Mitmenschen ausgeübt werden könne, sagte Schröder weiter. Insofern sei die Gerechtigkeit per se sozial. Aber, auf die Leistung bezogen, sei es anders und nicht weniger gerecht: „Das Amt dem, der die Qualifikation hat, und nicht `Nobelpreis für alle` oder `Exzellenz für alle`.“

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Präsident des Senates der Nationalstiftung, hielt den Einführungsvortrag. Er stellte seinen Ausführungen die Thesen voran: „Ungleichheit ist nicht ungerecht, wenn sie plausibel ist“ und „Auch Gleichheit kann ungerecht sein“ Er konkretisierte dies an den früheren Ortszuschlägen der Beamten, mit welchen die Unterschiede in der Lebenshaltung ausgeglichen werden sollten. Gleiche Zahlung für alle: „Das ist nicht plausibel.“

Biedenkopf verwies auch auf den Zusammenhang von Freiheit und Gerechtigkeit und auf die notwendige „Fähigkeit zur Verantwortung“, denn: „Freiheit ohne

Verantwortung gibt es nicht“. Es komme darauf an, durch Chancengerechtigkeit -vor allem mit mehr Investitionen in Bildung – dafür zu sorgen, dass die Menschen auch ihr Recht auf Verantwortung ausüben könnten.

An der Diskussion nahmen außer Prof. Biedenkopf auch Patrick Adenauer, der zugleich Senatsmitglied der Deutschen Nationalstiftung ist, Thomas Schmid, Herausgeber der WELT-Gruppe im Axel-Springer-Verlag, und Michael Vassiliadis, der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie teil. Die Moderation hatte Prof. Dr. Rüdiger Pohl, 1994 - 2004 Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts Halle und Senatsmitglied der Nationalstiftung.

Vassiliadis griff einen Satz von Dr. Weimer auf: „Die fehlende Managerhaftung verletzt die Gerechtigkeit, während zum Beispiel ein Malermeister als Unternehmer das volle Risiko trägt“, sagte er. Viele Gehälter und Boni seien „eine Provokation, die am anderen Ende der Einkommensskala niemand versteht“, zumal es immer noch Löhne gebe, „von denen niemand leben kann“. Solche Unterschiede könne man nicht erläutern. Vassiliadis führte damit unter anderem die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen bei gleicher Arbeit an.

Adenauer entgegnete, dass Leistung sehr wohl nach Qualifikation und Fähigkeit und deshalb unterschiedlich zu bezahlen sei, sagte aber auch, dass Risiko und Haftung wesentlich seien und zusammengehören müssten.

Thomas Schmid erweiterte die Diskussionsplattform: „Gerechtigkeit ist auch das, was man fühlt“, sagte er und beklagte einen „mangelnden Konsens darüber in der Gesellschaft“, zumal „Ungleichheit auch ein produktiver Faktor sein“ könne, weil er zu besseren Leistungen anstachele.

Im Konsens waren die Diskutanten, dass bei einer besseren Lösung der Verteilungsgerechtigkeit nicht nur die Politik eine tragende Rolle habe, obwohl sie, so Schmid, „mutiger werden“ müsse. Um mehr Gerechtigkeit zu erreichen, sei es vielmehr das Gebot, „Leute zu finden, die das in Gang setzen“. Dieser Appell richte sich eben nicht nur an die Parlamenten und die Fraktionen und Parteien, sondern an alle gesellschaftlichen Organisationen.

Freilich war sich das Podium auch in einer Portion Skepsis einig: „Die Abgeordneten, ob in den Gemeinden, Städten, Ländern und im Bund müssen bereit sein, dafür auch persönlich die politischen Kosten zu tragen und diese nicht in die Zukunft zu verschieben.“